Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück. Dresden, 1891.

Sagradawein. Wein-Fluidextract von Cascara sagrada. Ohne jede Beschwerde zuverlässig wirkendes, angenehm mildes, wohlschmeckendes Abführmittel, wirkt nicht wie Senna, Tamarinde und drastischere Stoffe die Verdauung, sondern regelt solche und kann länger gebraucht werden. Flaschen à Mk. 1, 1.50, 2.50 in den Apotheken. Man verlange den echten von J. Paul Liebe, Dresden.

Bauartikel, Kessel, Pfannen, Decimalwaagen etc. etc. etc. empfiehlt billigst Friedrich Klotz Königsbrückerstrasse 80 und 81. Bautznerstrasse 28.

Chinawein, Stärkungsmittel für Reconvalescenten und Blutarme. 1 Flasche 3 M., mit Eisen 3 M. 50 Pf. Prompter Versandt nach auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

W. F. Seeger, Kasernenstrasse 13, Fernsprecher 2153. Dresdner Champagner-Fabrik u. Wein-Grosso-Handlung (gegründet im Jahre 1822). Kommissionslager zu Originalpreisen in allen grösseren Orten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versende frei.

König-Johannstrasse 2b. **Fromm's Lucullus** hochfeine, sehr kräftigende Delicatesse, vorzüglich gegen Magerkeit u. volle Körperformen erzeugend, im Carton à 50 Pfg.

Salomonis-Apotheke — Migräne-Pastillen, erprobtes Mittel bei Kopfschmerz, Migräne, Katzenjammer (Schachtel 1 Mk.) — **Dresden, Neumarkt 8.**

Nr. 79. **Spiegel:** Verfassungsrevision in Belgien. Hofnachrichten, Landessynode, Gewerbegerichte, Gastwirthsversammlung, Arbeitgeberversammlung, Handels- und Gewerbekammer, Gerichtsverhandlungen. Gutz-Concert, Allgemeiner Musikverein, Kgl. Conservatorium. | **Freitag, 20. März.**

Politisches.

Belgien, der konstitutionelle Musterstaat Europas, steht gegenwärtig im Höhepunkt einer innerpolitischen Krisis, welche wohl nicht ohne heftige Kämpfe und Erschütterungen überwunden werden wird. Die von doktrinären Linksliberalen oft gepriesene belgische Konstitution muß doch nicht so mustergiltig beschaffen sein; denn es handelt sich bei dieser Krisis um eine Verfassungsänderung von einschneidendster Bedeutung und Tragweite, vor Allem um die Reform des Wahlrechts. Von 6 Millionen Einwohnern des Landes besitzen nur 135,000 das Wahlrecht, während alle Uebrigen politisch unmündig sind und nicht den mindesten Einfluß auf die Gesetzgebung auszuüben vermögen. In Belgien ist also nicht ein Schimmer des allgemeinen politischen Stimmrechts vorhanden, einer Einrichtung, deren sich seit Jahrzehnten Staaten erfreuen, die sonst nicht gerade bei radikalen Politikern den Ruf besonders freiheitlicher Institutionen genießen. Seit 20 Jahren bereits steht in Belgien die Wahlreform auf der Tagesordnung der politischen Erörterung und nicht weniger als achtmal haben die Kammern die Dringlichkeit einer Verfassungsrevision behufs Durchführung des allgemeinen Wahlrechtes abgelehnt. Die beiden herrschenden Parteien, die Liberalen, wie auch die Klerikalen, welche jetzt seit sechs Jahren am Ruder stehen, haben sich so lange wie möglich gesträubt, der Wahlreform näher zu treten. Der greise Führer der Liberalen, Frère-Orban, erklärte einst, daß seine Partei die Verfassungsrevision weder in einem, noch in zwei, noch in drei Akten bewilligen werde, und der Führer der äußersten Rechten, der Staatsminister Woeste, stimmte hierin mit seinem politischen Gegner vollkommen überein. Angesichts aber der starken Wahlreformbewegung im Volke, welche von Jahr zu Jahr immer mächtiger anschwoll, und bei der bedenklichen Gährung in den breiten Schichten der Arbeiterbevölkerung, welche wiederholt gewaltsame Ausbrüche befürchten ließ, ist im Lager der Liberalen und der Ultramontanen allmählich ein Umschwung zu Gunsten einer Verfassungsänderung eingetreten. Abgesehen von dem extremen Flügel der Klerikalen, welcher mit blinder Hartnäckigkeit nach wie vor die Berechtigung der Verfassungsfrage bestreitet und sogar die Existenz der Revisionsbewegung überhaupt leugnet, erkennen gegenwärtig alle übrigen Parteigruppen grundsätzlich die Nothwendigkeit der Verfassungsreform, im Besonderen der Wahlreform an. Nur hinsichtlich des Maßes der Ausdehnung des Wahlrechts gehen die Ansichten auseinander. Fast jede Fraktion innerhalb der beiden großen Hauptparteien hat eine besondere Formel für die Wahlreform aufgestellt. Die Liberalen unter Frère-Orban vertreten das sogen. Intelligenz- und Kapazitätswahlrecht, welches, obgleich es bereits selbst eine Wahlrechtserweiterung darstellt, doch nur einen sehr geringen Bruchtheil der Bevölkerung wahlfähig machen würde. Denn nach diesem System sollen nur Diejenigen das politische Stimmrecht erhalten, welche bei einigem Vermögen lesen und schreiben können. Noch heute sind aber in Belgien von den Männern über 50 Jahre 37½ Prozent des Lesens und Schreibens unkundig und noch im vorletzten Jahre waren von den in das Alter der Militärpflicht Getretenen 16 Proz. ohne jegliche Schulbildung. Die Mehrheit der Ultramontanen lehnt gleichfalls nicht grundsätzlich eine Erweiterung des Wahlrechts ab, aber an dem bestehenden Censuswahlrecht halten sie fest, nur wollen sie den Wahlcensus selbst herabsetzen. Im Einzelnen bestehen auch unter ihnen Meinungsverschiedenheiten; am meisten Anklang findet die Revisionsformel des klerikalen Abgeordneten und Großindustriellen de Smet de Naeyer. Der Vorschlag desselben geht dahin, neben den Censuswählern allen Denjenigen das Wahlrecht zu ertheilen, welche ein bestimmtes Alter haben, verheirathet sind und mindestens zwei Zimmer bewohnen, ohne Rücksicht auf die Miethe. Dieses System soll zunächst bei den Provinzial- und Communalwahlen angewendet werden, um im Falle der Bewährung eine Ausdehnung auf die Kammerwahlen zu erfahren. Dasselbe kommt dem allgemeinen Wahlrecht ziemlich nahe; denn eine auf den Grundlagen dieses Vorschlages zu bildende Wählerschaft würde etwa 900,000 stimmberechtigte Wähler ergeben. Bei der Durchführung des allgemeinen Wahlrechts beträgt die Gesammtzahl etwa 1,300,000. Eine solche Einschränkung wäre den konservativen und gemäßigten Elementen des belgischen Parlaments erwünscht, welche fürchten, durch die unumschränkte Einführung des allgemeinen Wahlrechtes dem Radikalismus und Sozialismus einen mächtigen Heerbann zu schaffen. Die radikalen Liberalen unter Janson und die Arbeiter haben selbstverständlich auf ihr Programm die Forderung des bedingungslosen allgemeinen und gleichen Wahlrechts gesetzt.

Auch die Regierung, welche prinzipiell die Berechtigung der Wahlreformbewegung anerkennt und daher einer Verfassungsrevision zustimmt, ist kürzlich mit eigenen Vorschlägen aus ihrer bisherigen Passivität herausgetreten und hat ein Programm aufgestellt, das sich nicht blos auf die beiden Kammern, das Gemeinde- und das Provinzialwahlrecht, sondern auch auf die Stellung der Krone bezieht. Von dem allgemeinen Wahlrechte jedoch will die Regierung nichts wissen, nach ihrem Plane würde die Zahl der Wahlberechtigten auf etwa 600,000 steigen. Wahlberechtigt sollen alle Diejenigen sein, welche ein eigenes Haus oder eine Wohnung im Miethwerthe von 200 Frcs. besitzen, ferner Die, welche bisher allein wahlberechtigt waren, d. h. jährlich 42,32 Frcs. Steuern zahlen und endlich auch alle akademisch Gebildeten. Das Wahlverfahren soll durch die Einführung des Systems der Minoritätsvertretung verbessert werden, wonach eine politische Gruppe, welche ein Drittel der Wählerschaft besitzt, das Recht auf eine Vertretung zu beanspruchen hat. Den Senat will die Regierung in eine Interessenvertretung umgestaltet sehen, indem zwar der bisherige Census (2114 Frcs. direkte Steuern) beibehalten, aber die Senatoren durch die Provinzialräthe, sowie durch einzelne Stände gewählt werden sollen. Endlich enthält das Regierungsprogramm eine bemerkenswerthe staatsrechtliche Neuerung, das sogen. königl. Referendum. Dem König soll nämlich das Recht zugestanden werden, vor dem Erlaß eines Gesetzes in wichtigen Angelegenheiten eine grundsätzliche Frage zur Beantwortung an die Wählerschaft zu richten, auch dann, wenn ein Gesetz bereits die Genehmigung der beiden Kammern erlangt hat, so daß das Volk direkt eine gutachtliche Entscheidung zu geben hat. Das ministerielle Programm verdient volle Anerkennung, weil es einerseits republikanischen Strömungen gegenüber bemüht ist, die Macht und das Ansehen der Krone zu stärken und andererseits in maßvoller Weise den lebhaften Wünschen der Bevölkerung nach einer Wahlrechtsreform Rechnung trägt, dergestalt, daß nicht durch die volle Durchführung des allgemeinen Wahlrechts die parlamentarische und politische Herrschaft den besitzlosen, verantwortungslosen und revolutionär gesinnten Massen des Radikalismus und der Sozialdemokratie überantwortet wird.

Die Verfassungs- und im Besonderen die Wahlreformfrage wird noch auf Monate, ja vielleicht auf Jahre hinaus im Vordergrunde des gesammten politischen Lebens Belgiens stehen. Denn die Durchführung einer Verfassungsänderung bietet eine ganze Reihe von Schwierigkeiten. Zunächst müssen die Kammern die Frage, ob dieser oder jener Artikel der Verfassung revidirt werden soll, bejahen. Die nächsten Folgen dieses Revisionsbeschlusses sind die Auflösung der beiden Kammern und Neuwahlen. In den neugewählten beiden Kammern bedarf es dann einer Majorität von zwei Dritteln, um thatsächlich die Verfassungsänderung zu beschließen. Angenommen nun, daß eine Verfassungsrevision und Wahlreform auf diese Weise wirklich zu Stande kommt, so ist es selbstverständlich, daß die auf Grund des alten Wahlsystems gewählten Kammern nicht länger in Wirksamkeit bleiben können. Daher werden alsdann zum 2. Male Neuwahlen vorgenommen werden müssen. Wird aber dieser an sich schon schleppende Gang der Wahlreformfrage irgendwo unterbrochen und gehemmt, so ist ernstlich zu befürchten, daß die Erregung, welche die weitesten Kreise der Bevölkerung ergriffen hat, sich in gewaltsamer Weise Luft machen, daß an Stelle der Reform die Revolution treten wird.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 19. März.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus vertagte sich heute bis zum 7. April. Am 8. April beginnt es die Berathung der Landgemeindeordnung. — Das Herrenhaus nahm heute die 1. Lesung der Steuervorlagen vor und verwies dieselben an Kommissionen. In der Debatte rügte Graf Hohenthal, daß das Abgeordnetenhaus den Steuergesetzen die Priorität vor dem Etat gegeben und so die rechtzeitige Feststellung des letzteren abermals verhindert. Von verschiedenen Rednern wurde die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Fortführung der Progression der Einkommensteuer bis zu 4 Prozent des Einkommens bemängelt und die Aufnahme der Forderung der Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer in das Einkommensteuergesetz gewünscht. Finanzminister Dr. Miquel empfahl dringend die vom anderen Hause beschlossenen Abänderungen mit Ausnahme der Progression bis zu 4 Prozent, die in keinem deutschen Einkommensteuergesetz bestehe, zu unrichtigen Deklarationen anreizen und eine spätere Unterscheidung zwischen fundirten und unfundirten Einkommen erschweren würde. — Der evangelische Feldpropst der Armee, Dr. Richter, erhielt den Rang als Rath 1. Klasse. — In der Königl. Schießschule zu Spandau sind bedeutende Patronendiebstähle durch einen Unteroffizier verübt worden. — Der Untersuchungsrichter in Buenos-Ayres hat den wiederholten Antrag der deutschen Gesandtschaft auf Auslieferung des Dr. Winkelmann aus Leipzig abgewiesen, weil Auslieferungsbegehren in Argentinien schon nach 2 Monaten verjähren. Der Präsident der argentinischen Republik hat aber unter Ernennung eines Staatsanwalts zum Richter ad hoc diesem die Sache behufs neuer Untersuchung und Beschlußfassung überwiesen lassen.

Berlin. Auch der „Reichsanzeiger" dementirt jetzt die Nachricht vom bevorstehenden Rücktritt des Staatsministers v. Bötticher. — In Bezug auf die Inanspruchnahme des Welfenfonds zu Gunsten eines Staatsmannes, der durch Bürgschaftsübernahme in Bedrängniß gerathen, bemerkt die Börsenzeitung: „Die Dinge, um die es sich hier handle, lägen mehrere Jahre zurück und seien keineswegs als Geheimniß behandelt worden." — Reichskommissar v. Wißmann hat am 1. März ein Pulver- und Waffenmonopol für Deutsch-Ostafrika eingeführt.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" erörtert den historischen Zusammenhang, in welchem die jetzigen deutsch-österreichischen Handelsvertragsverhandlungen zu dem früheren handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn stehen, sowie die Bedeutung, welche das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen des Vertrags für die weitere Entwickelung der gesammten europäischen wirthschaftlichen Verhältnisse zu gewinnen geeignet sei. Darnach hätten prohibitive Tendenzen im Auslande, namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Rußland und in Frankreich erneut und mit verstärktem Gewicht auf die Frage hingewiesen, ob nicht durch einen engeren wirthschaftlichen Zusammenschluß der mitteleuropäischen Hauptmächte die ihren Exportinteressen bevorstehende Schädigung abgewendet oder doch gemildert werden könnte. An das beiderseitige aufrichtige Bestreben, einen Zolltarifvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu Stande zu bringen, sei von vornherein die Hoffnung geknüpft, daß derselbe zum Mittelpunkt für eine Reihe weiterer Tarifverträge mit anderen Staaten werden würde, indem Deutschland sowohl wie Oesterreich-Ungarn die einander gegenseitig gemachten Concessionen auch anderen Staaten gegen entsprechende Gegenbewilligung anbieten und diese Staaten dadurch veranlassen könnten, ihrerseits von einem Abschwenken in die Bahnen des extremen Schutzzolls Abstand zu nehmen. Seit Beginn der Verhandlungen habe sich die Gefahr einer vollständigen Umwandlung der europäischen wirthschaftlichen Verhältnisse nur noch intensiver gestaltet. Der „Reichsanzeiger" schließt, je größer aber der Kreis, der sich wirthschaftlich zusammenschließenden Staaten sein wird, desto mehr werden es die sich vorerst noch mehr zurückhaltenden Staaten in ihrem Interesse finden, sich nicht zu isoliren. Auch Frankreich würde schließlich kaum umhin können, sich den Mitgenuß der von den verschiedenen dritten europäischen Staaten einander beziehungsweise an Deutschland gewährten Vertragstarife durch entsprechende Concessionen zu sichern. In diesen Consequenzen für die Gestaltung der gesammten europäischen handelspolitischen Verhältnisse liegt, abgesehen von den auf dem Boden der allgemeinen Politik liegenden Motiven, die Hauptbedeutung des erhofften Ergebnisses der gegenwärtigen Vertragsverhandlungen.

Berlin. Der Bundesrath überwies heute den Handelsvertrag mit Monaco den zuständigen Ausschüssen und genehmigte das Uebereinkommen mit Belgien zum Schutze verkuppelter weiblicher Personen und die Verordnung betr. die Einführung von Reichsgesetzen auf Helgoland. — Die drei Handelsfaktionen der Firma Jantzen und Thormählen in Hamburg, die sich der Zintgraff'schen Forschungsexpedition angeschlossen hatten, haben ihre beiden Führer Rebber und Tiedt infolge von Kämpfen bei Bafut durch den Tod verloren. Dr. Zintgraff befindet sich wieder wohlbehalten in Kamerun. — Die städtischen Kollegien zu Meppen beschlossen, für die Marienkirche zu Hannover, als dem Mausoleum Windthorst's, einen Beitrag zur Tilgung der Kirchenschuld zu spenden.

Hamburg. Der neue Dampfer der ostafrikanischen Linie „Emin Pascha", der Mittags vom Stapel lief, gerieth an einen Hafenpfeiler, wodurch der hintere Theil des Dampfers erhebliche Beschädigungen erfuhr.

Köln. Dem „Köln. Tgbl." zufolge ist Fürst Bismarck in Geestemünde und nicht als nationalliberaler, sondern als nationaler Kandidat aufgestellt, weshalb die Anhänger der nationalliberalen Partei in jeder Weise seine Kandidatur unterstützen. Demnächst würden die Abgg. Enneccerus und Tramm zur Abhaltung von Versammlungen den Wahlkreis besuchen.

Ems. Der Friedensrichter von Nyon, der sich nach dem Schloß von Prangins begeben hatte, um die dort befindlichen Papiere des Prinzen Napoleon zu versiegeln, hat kein Testament vorgefunden.

Bochum. Nach 6wöchentlichem Streik sind heute auf der Zeche „Trappe" 150 Mann wieder angefahren. Die Uebrigen wurden entlassen.

Paris. Die Budgetkommission stimmte dem mit der Grande Compagnie de télégraphes du Nord abgeschlossenen Uebereinkommen wegen Legung und Betriebs eines zweiten Kabels zwischen Calais-Fanö-Kopenhagen zu.

Rom. Als der Zug mit der Leiche des Prinzen Jerome Napoleon auf der Piazza del popolo angekommen war, wurde der Sarg in die Parochialkirche getragen, wo in Gegenwart der Prinzen und der hohen Staats- und Hofwürdenträger dem Verstorbenen die Absolution ertheilt wurde. Darauf setzte sich der Zug nach dem Bahnhofe wieder in Bewegung. Der Leichenkondukt wurde von dem Prinzen Viktor geführt, zu dessen Rechten der Herzog der Abruzzen als Vertreter des Königs ging. Es folgten das diplomatische Corps mit Ausnahme des französischen Botschafters und des französischen Botschaftspersonals, ferner die Minister, die Vertreter der Behörden 2c. Der König geleitete entblößten Hauptes die Leiche bis zum Thore des Hotels de Russie und begab sich sodann mit der Prinzeß Clotilde nach dem Quirinal.

Bern. Der Verwaltungsrath der Centralbahn sprach sich am Sonnabend über die Abtretung der in seinem Besitz befindlichen Aktien an den Bund schlüssig.

Die **Berliner Börse** war Anfangs durch ungünstige Pariser Nachrichten über die Situation dortiger Bankinstitute verstimmt. Nur Russenwerthe erfreuten sich guter Nachfrage. Banken meist schwächer, von deutschen Bahnen Mainzer animirt, Marienburger niedriger, österreichische Bahnen erholt, aber ruhig. Bergwerke abgeschwächt, fremde Renten sehr still. Später vollzog sich eine ziemlich allgemeine Befestigung, besonders in Bergwerken und Russen. Im Cassaverkehr Banken fest, deutsche Bahnen ruhig, österreichische vorwiegend gut behauptet. Bergwerke anziehend und lebhaft. Andere Industriepapiere gleichfalls fest, aber ruhig. Sächsische Stickmaschinen 2,10 Prozent höher. Argentinische Werthe meist etwas besser. Privatdiskont 2⅝ Prozent. Nachbörse ruhig. — Wetter: Kühl, Schneeluft. Nord-Nordwest-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 273,10. Franzosen 215,60. Lomb. 108,25. Galizier —,—. Egypter 98,20. 4proz. Ung. Goldr. 92,10. Diskonto 203,60. Dresdn. Cr. 155,80. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Still.

Wien. (Abends.) Credit 311,50. Staatsbahn 244,40. Lombarden 124,25. Nordwest 215,00. Marknoten 56,72,5. Ung. Credit 357,75. Ruhig.

Paris. (Schluß.) Rente 94,87. Anleihe 105,60. Italiener 94,50. Staatsbahn 540,00. Lombarden 281,25. do. Prioritäten —. Spanier 77 ⅞. Egypter 496,87. Ottomanen 626,25. Goldrente 110,00. Unentschieden.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per März 28,60, per Mai-August 28,40, fest. Spiritus per März 42,25, per September-Decbr. 41,25, behauptet. Rüböl per März 72,75, per Sept.-Decbr. 76,75, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß.) Weizen per März —, per Nov. 228. Roggen per März 177, per Mai 166.

Frankfurt a. M. Das erste Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung" bringt folgende Meldung aus London: Die Firma Baring giebt bekannt, daß sie ein Kabeltelegramm empfing, wonach die Regierung der Provinz Buenos-Ayres sich für unfähig erklärt, die Zinsen des 6proz. Anlehens von 1882, fällig am 1. April, sowie des Anlehens von 1886 zu bezahlen. Die Absicht für die Zinsen des Anlehens von 1883 wurden schon vor den neulichen Ereignissen abgeschickt.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat dem Postdirektor Großmann in Leipzig bei seinem Scheiden aus dem Dienste das Ritterkreuz 1. Klasse vom Verdienstorden verliehen.

— Dem Hofsekretär bei dem Oberhofmarschallamte Christian August Mayer wurde der Titel und Rang eines Kommissionsrathes verliehen.

— Der emeritirte Lehrer und Kirchendiener von Elsterberg, Gottlob Schiller in Plauen, erhielt das Albrechtskreuz.

— Die evangelische **Landessynode**, welche aller fünf Jahre abzuhalten ist, wird gleich nach Pfingsten zusammentreten, voraussichtlich aber nicht von langer Dauer sein, da die Zahl der Vorlagen keine große ist. Da bis jetzt ein Disziplinargesetz bezüglich der Angehörigen des geistlichen Standes noch nicht vorhanden ist und man sich daher in vorkommenden Fällen genöthigt sah, Analogien aus dem Volksschulgesetze heranzuziehen, so würde ein der Synode vorzulegender diesbezüglicher Gesetzentwurf wohl das allgemeinste Interesse erregen. Bekanntlich gelangte beim vorletzten Landtag von Seiten der Regierung eine Vorlage an die Landstände, welche sich auf die event. zwangsweise Quiescirung der Geistlichen bezog und allerdings wegen einiger pekuniärer Punkte auch der Genehmigung der Landstände bedurft hätte. Es war aber in den Kreisen der zweiten Kammer so wenig Neigung für diesen Entwurf vorhanden, daß derselbe, da der Landtagsschluß nahe bevorstand, nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern ad acta gelegt wurde. Allerdings sind nun in den letzten Jahren einige eklatante Fälle vorgekommen, daß jüngere geistliche Kräfte emeritirt worden sind. Was den Besetzungsmodus bei vakanten geistlichen Stellen anlangt, so werden auch bei bevorstehender Synode darüber Debatten stattfinden. Denn die Ansichten sind verschieden, und insbesondere trifft man bei älteren Geistlichen die Meinung, daß es gerechter und für den geistigen Stand günstiger sei, wenn nicht, wie jetzt

Pfund's sterilisirte Kindermilch. (Tenkrete) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42. Prospekt gratis.